



Energiewendeland

Klimaschutz Wie sich Rheinland-Pfalz um erneuerbare Energie müht – Ein Praxis-Check

Die Energiewende war eines der Schlagwörter der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Fünf Jahre nach dem GAU von Fukushima hat sich das Land in vielerlei Hinsicht verändert – hin zu einem Vorreiter in Sachen erneuerbare Energie, aber auch zu einem Land des Streits. Eine Bestandsaufnahme zum vermutlich komplexesten Aspekt der Landespolitik ist schwierig. Die Meinungen sind kontrovers, häufig lässt die Windkraftdebatte wenig Raum für tiefere Betrachtungen.

1 Windkraft, Wohlfühlbereich für Lobbyisten? Ende Januar, Sitzungssaal 301 im Mainzer Abgeordnetenhaus: Vertreter von Bürgerinitiativen treffen sich zum Austausch mit der CDU-Landtagsfraktion. Eigentlich geht es um Ersatzzahlungen, die für Projektentwickler bei Genehmigungen von Windrädern wegen des Eingriffs in die Landschaft fällig werden. Der Landesrechnungshof hat kurz zuvor in diesem Zusammenhang Rabatte in Millionenhöhe angeprangert. In vielen, meist CDU-geführten Kreisen wurden diese Ermäßigungen gewährt. Die CDU sieht vor allem ein Vergehen bei dem für die Aufsicht zuständigen grünen Umweltministerium. Das Treffen wird bald zu einer Art Generalrechnung. „Windkraftlobby“ und „Windindustrieanlagen“ würden durch die „sogenannte Energiewende“ von der Landesregierung gefördert, lautet einer der harmloseren Vorwürfe. Auch ist die Rede von Korruption. „Wir haben es hier mit einer Mafia zu tun“, erklärt der Sprecher einer

Wahl-Serie

Machtkauf in Rheinland-Pfalz

Unsere Reporter Charlotte Schick und Volker Boch waren drei Tage unterwegs, um der Frage nachzugehen, wie es um die Energiewende im Land bestellt ist. Außerdem haben sie mit Menschen gesprochen, die vor Ort ihren Beitrag zu einer Wende leisten.



führenden Bürgerinitiative. Heute gibt es landesweit mehr als 40 solcher Initiativen – meist durch Windkraft auf den Plan gerufen.

2 Was macht die Leute so wütend? Täglich gehen in unserer Redaktion Hinweise auf erfüllte Versprechen an Mensch, Natur, Tier und Recht ein. Oft sind es Hilferufe, weil Bürger vor Ort kein oder nicht noch ein Windrad möchten – subjektive Empfindungen. Häufig gibt es aber auch harte Fakten, die in Ortstermine münden. Einer davon ist Ende Februar im

Hunsrück: Die Reporter stehen an einer Rodungsfläche im Wald. Rotweißes Trassierband flattert zerfetzt im Wind, große Holzzertermaschinen haben tiefe Spuren hinterlassen. Die Geschichte hinter dieser Waldfläche ist exemplarisch: Genau ein Jahr zuvor hat die Kreisverwaltung kurz vor dem letzten möglichen Stichtag zur Rodung (1. März) dort einen Park mit zwei Windrädern und 1,7 Hektar Rodungsfläche genehmigt. Naturschützer protestierten, eine rechtliche Auseinandersetzung begann. Doch dann meldeten Vogelexperten der Verwaltung einen Rotmilanhorst, der in vorherigen Gutachten nicht erwähnt worden war. Der Park wurde nicht gebaut, die gerodete Fläche blieb. Ein Jahr später sagt einer der damals Betroffenen: „Es ist ein Skandal, dass hier überhaupt gerodet wurde, und es ist genauso ein Skandal, dass es hier noch immer so aussieht wie vor einem Jahr.“ Die Fläche sei ein Mahnmahl. Sie zeige, wie wertlos Gutachten seien, wenn die Natur dem Geld geopfert werden sollte.

3 Geht alles nur ums Geld? Perspektivwechsel im Kreis Bad Kreuznach: Gerhard Fritz macht als Ortsbürgermeister von Schweinschied keinen Hehl da-

raus, dass er gern mit der Windkraft Geld verdient hätte. Seine Gemeinde hat im Jahr 2009 einen Vorvertrag mit einem Projektentwickler geschlossen. Drei Räder sollten gebaut werden, die pro Jahr 120000 Euro an Pachteinnahmen gebracht hätten. Jetzt, Ende Februar 2016, steht die Gemeinde mit leeren Händen da. Als der Vorvertrag geschlossen wurde, waren die entsprechenden Flächen noch im maßgeblichen Regionalplan enthalten. Aber: Dieser wurde geändert, die Flächen entfielen, und die Gemeinde scheiterte ebenso wie zwei Nachbarkommunen mit dem Antrag, die geplanten Parks im Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Meisenheim vermerken zu lassen. 2015 hat sich der VG-Rat letztmals dagegen ausgesprochen. Fritz ist sauer: „Die, die dagegen waren, hätten die Räder nie gesehen – und wir, die auf die Räder geblickt hätten, waren alle dafür.“ Fritz weiß nicht, wie sie jetzt die

Friedhofsmauer im Dorf sanieren sollen, die einzustürzen droht. Bis heute sind die Umbaukosten des vor rund 30 Jahren für gut 280000 Mark renovierten Gemeindehauses nicht getilgt. Weil Schweinschied mit seinen 150 Einwohnern vergleichsweise hohe Gewerbesteuererinnahmen hat, erhält es keine jährlichen Finanzmittel des Landes. Fritz rechnet vor: „Nach Abzug der Umlagen für Verbandsgemeinde, Kreis und einen Kindergartenverbund bleiben uns rund 10 Prozent der Einnahmen, von denen wir alle Kosten selbst tragen müssen.“ Knapp 15000 Euro stehen zur Verfügung, am Ende bleibt nichts übrig. „Wir können seit Jahren nicht mal die notwendigen Auftragsarbeiten im Wald machen“, sagt er. Ganz zu schweigen davon, dass es kein funktionierendes Handynet in Schweinschied gibt und Dorfentwicklung ein Wunschtraum ist. Die Windräder, sagt Fritz, hätten geholfen. Gebaut hat in der

Zwischenzeit eine andere Gemeinde. Zwei Räder stehen schon nahe Schweinschied, weitere sollen an der Gemarkungsgrenze folgen.

4 Wer verdient an der Energiewende?

Wer durchs Land fährt, sieht in Orten mit Energieerinnahmen öfter Kinder auf modernen Spielplätzen und sanierten Sportanlagen, dazu manches neue Seniorenwohnprojekt. Es ist unverkennbar: Einzelne Gemeinden, oft auch Privatleute, haben gerade durch die Windkraft in Form von Flächen- oder Wegepachten sowie Leitungsentgelten viel Geld verdient. Geht eine moderne Anlage heute ans Netz, kann eine Gemeinde pro Jahr und Rad mit rund 40000 Euro Pacht rechnen. Die meisten Parks gehören Investoren, die mit den Orten, an denen ihre Räder stehen, nichts zu tun haben. Es gibt aber auch Dörfer, die sehr eng Bezüge zu „ihrem“ Energieprojekt haben. Ein zweiter Blick in

den Hunsrück: Im August 2013 wurde im 100-Seelen-Dorf Mannebach ein lokaler Nahwärmeverbund eingeweiht. 18 Haushalte werden auf diese Weise versorgt, dies entspricht 40 Prozent. Auch wenn Heizöl und Erdgas aktuell zu Schleuderpreisen auf dem Markt sind, erfüllt viele im Ort Stolz, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Regionale Firmen haben das Netz gebaut, das nötige Heizmaterial wird vor Ort produziert.

Das hat sich seit 2010 getan

Seit 2011 steht der Ausbau erneuerbarer Energien im Land besonders im Fokus. Das Statistische Landesamt in Bad Ems führt bis zum Jahr 2014 Datensätze, wie sich der Zubau entwickelt hat. Zum Vergleich: Ende 2010 gab es 1033 Windräder (2014: 1467), 177 Wasserkraftanlagen (216), 46128 Fotovoltaikanlagen (87872) und 169 Biogasanlagen (270).

5 Wo steht die Wende überhaupt im Land? Auf der Fahrt durch die Kreise ist gut zu sehen, wie unterschiedlich die Energiewende umgesetzt wird. Nach Angaben des Bundesverbands Windenergie sind in Rheinland-Pfalz et was mehr als 1500 Windräder am Netz, die rund 2900 Megawatt Strom erzeugen. Mehr als zwei Drittel davon stehen im Norden des Landes, gerade in Eifel und Hunsrück. Hier wird der größte Teil des Ökostroms erzeugt, der in überregionale Netze fließt. Das Statistische Landesamt verkündet im Februar 2016, dass 39 Prozent des Stroms im Jahr 2014 im Land aus erneuerbaren Energien produziert wurde. „Das liegt zwar über dem Bundesdurchschnitt, aber man muss diese Produktion auch im Verhältnis zum Stromverbrauch sehen, also schauen, wie groß hierbei der Anteil erneuerbarer Energie ist“, erklärt der ehemalige grüne Landtagsabgeordnete Dietmar Rieth,

„und der liegt im Land deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.“ Im Jahr 2013 lag der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Rheinland-Pfalz laut Statistischem Landesamt bei 23,1 Prozent (Bund: rund 29 Prozent), für 2014 gibt es noch keine Zahlen. Rieth verdient als freiberuflicher Energieberater sein Geld und ist seit vielen Jahren Landessprecher des Deutschen Energieberaternetzwerks. Auch deshalb wirbt der

„Wir hatten damals eigentlich nix als eine spinnerne Idee.“

Werner Vogt über den Beginn des Projektes Höhenwind

„160 Leute haben am Ende mitgemacht“, erinnert sich Vogt, „es gab Menschen, die haben ihr gesamtes Erbe investiert.“ Dann lächelt er

Neuwieder dringend dafür, dass ehrlich und korrekt mit den vorliegenden Zahlen der Netzbetreiber umgegangen wird. „Wir brauchen viel mehr Transparenz.“ Es ärgert ihn maßlos, dass in dem vom grünen Wirtschaftsministerium kürzlich aufgelegten Landesenergieatlas Fakten falsch seien. „Das ehrgeizige Projekt Energiewende kann nur erfolgreich und glaubwürdig sein, wenn es auf korrekten Daten aufbaut“, sagt er. Das sei beim Energieatlas, dessen Programmierung 225000 Euro allein an externen Kosten verursacht hat, nicht der Fall. „Der Webfehler dieses an sich sinnvollen Instruments ist die Tatsache, dass die Zahlen beim Stromverbrauch überwiegend falsch sind oder bei den Themen Wärme und Verkehr erst gar nicht erhoben wurden.“

6 Wie offen ist der Umgang mit der Energiewende? Das Gespräch mit Dietmar Rieth erinnert

an eine Recherche einige Wochen zuvor. Dabei hatte sich gezeigt, dass es parallel zu den politischen Zielen der Energiewende nahezu absurde Realitäten gibt. Auf Nachfrage legte der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) offen, dass er 2015 als Dienstleister für Land und Kommunen „eine europaweite Ausschreibung für den Bezug von Erdgas“ vorgenommen hat. Bis Ende 2018 erhalten „13 Landkreise und zwei Städte mit insgesamt 225 Erdgasabnahmestellen und einem Abnahmewolumen von circa 78000 Megawattstunden pro Jahr“ einen Gaspreis, der jedes regenerative Konzept torpedieren muss. Dieser Gaspreis liegt derzeit bei 4,16 Cent pro Kilowattstunde und ist gegenüber Erneuerbaren-Offerten konkurrenzlos günstig. Der Vertrag hat eine Verlängerungsoption, analog dazu gibt es einen zweiten, durch den LBB ausgeschriebenen Stromliefervertrag über rund 138000 Me-

gawattstunden pro Jahr. Unter anderem wird in großen Mengen Strom aus norwegischer Wasserkraft bezogen, aber eben nicht aus heimischer Wind- oder Solarenergie. Rieth sagt: „Niemand fragt nach der Ökobilanz dieses Stroms aus Nordeuropa – und ob es wirklich 100-prozentiger Ökostrom ist.“

7 Was bleibt zu tun? Die Energiewende bedeutet viel mehr, als die Windkraft auszubauen oder

darüber zu streiten. Bereits heute gibt es Pilotstudien und Praxistests im Land zu intelligenten Stromnetzen und -systemen. Deren Basis ist eine effiziente Nutzung (und Speicherung) der regenerativ erzeugten Energie vor Ort. Dazu müssen jedoch die Netze optimiert und brauchbare Speicher entwickelt werden. Ein großes Projekt läuft in Niederheimbach im Kreis Mainz-Bingen: Dort wird seit einigen Jahren etwas abseits der breiten Öffentlichkeit an der Entwicklung eines Pumpspeicherverwerks gearbeitet. Ein anderer Baustein zu mehr Effizienz der Wende ist das Einsparen von Energie, das auch in dem Ende 2015 vorgelegten Landes-Klimaschutzkonzept enthalten ist. Hier ist vor allem der Bürger gefragt: Er kann von der Heizung über die Wärmedämmung bis zum Mobilitätsverhalten seinen Beitrag zur Wende leisten. Seitens des Landes gibt es dazu bislang nur wenige Anreiz- und Förderprogramme.

8 Die Klimamanager Experten im Hauptamt verhelfen Kommunen zur Wende

Die Aufgabe von Thomas Berens und Frank-Michael Uhle. Die beiden sind Klimaschutzmanager und damit für die kommunale Umsetzung der Energiewende mitverantwortlich. Im September 2011 hat Berens seine Stelle im Kreis Cochem-Zell angetreten, ein Jahr darauf folgte Uhle in gleicher Funktion im Rhein-Hunsrück-Kreis. Sie waren bundesweit zwei Pioniere. In Rheinland-Pfalz gibt es heute 33 offizielle Klimaschutzmanager, die bei Verbandsgemeinden oder Städten und Kreisen beschäftigt sind. Dazu kommen elf weitere Hauptamtler, die in kommunalen Behörden ähnliche Aufgaben wahrnehmen, aber einen anderen Titel haben. Wie Berens und Uhle fühlen sie sich von Beruf wegen der Energieeinsparung und Klimaschutzzielen verpflichtet.

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

„Als der Kreis Cochem-Zell 2008 seine Strategie als Null-Emissions-Landkreis beschlossen hat, war das ein Paukenschlag“,

Thema: Energiewende

So wollen die Parteien die Zukunft gestalten

SPD

- Vollendung der Energiewende mit einer bilanziell vollständigen Deckung des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030
- Dezentralisierung der Energieversorgung, Förderung von Speichertechnologien
- Schaffung klarer Regelungen für den Ausbau der Windenergie

Grüne

- Energiewende mit dem Ausstieg aus Atom und Kohle
- Halbierung des Energieverbrauchs bis 2050, Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz zur Sicherstellung stabiler Preise
- Gesteuerter Ausbau der Windkraft, Dialog zwischen Planungsinstanzen

CDU

- Stromproduktion aus erneuerbaren Energien mit bezahlbaren Preisen, Versorgungssicherheit und dem Schutz von Umwelt und Landschaften
- Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, Wahrung der Wirtschaftlichkeit der Eigenstromproduktion, Nutzung von lokal verfügbarer Biomasse
- Geordnete Standortplanung, Steigerung des Effizienzgrades der Windkraft

Linke

- Rekommunalisierung von Energieversorgern, dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energie
- Förderung regionaler Energiegenossenschaften, Null-Emissionshäuser bei öffentlichen Neubauten
- Landesweite Grundstanzplanung im Interesse der Bürger und des Umweltschutzes

FW

- Energieversorgung und Klimaschutz sind zentrale Zukunftsaufgaben für ganz Europa
- Länderübergreifende Zusammenarbeit in der europäischen Energiepolitik, Förderung von Energie-Speicher-Technologien
- Windkraft muss an geeigneten Standorten konzentriert werden

FDP

- Weniger landschafts- und naturzerstörende Umsetzung der Energiewende
- Ohne geeignete Energiespeicher weiterer Ausbau der Windenergie weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll
- Forderung eines Windkraftmatoriums, bis offene Fragen geklärt sind

AfD

- Beendigung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)
- Verhinderung eines Anstiegs der Strompreise durch Zubau von erneuerbaren Energien
- Beendigung des Zubaus von Windenergieanlagen, Abstellen rechtswidriger Windkrafttrabatte, finanzielle Ausgleichsmaßnahmen aufgrund der Eingriffe in intakte Natur (auch rückwirkend) von Verwaltung und Betreibern

Die ausführlichen Fragen, die wir den Parteien zum Thema Energiewende in Rheinland-Pfalz gestellt haben, und deren Antworten finden Sie auf unserer Internetseite unter: ku-rz.de/energie16